

Reden über den Klimawandel – bei 30 Grad

Weltklimakonferenz in Brasilien Der UNO-Klimagipfel COP30 findet in Belém statt, einer der ärmsten und heissesten Städte des Landes. Das bringt einige Probleme mit sich – könnte aber auch von Vorteil sein.

Jan Heidtmann, Buenos Aires

Natürlich läuft so einiges schief in Belém. Da sind zum Beispiel die «künstlichen Bäume», diese trichterartigen Metallkonstruktionen auf dem Gelände der nächsten Weltklimakonferenz. Sie führten zu allerhand Aufregung in der Stadt am Rande des Regenwaldes, die immerhin die COP30 beherbergen wird. Man hätte auch echte Bäume pflanzen können. Um der Kritik etwas die Spitze zu nehmen, wurden die Gebilde nun in «hängende Gärten» umbenannt, Pflanzen sollen sie beleben.

Oder aber die Avenida Liberdade, dieser vierspurige Highway, der gerade durch den Regenwald geschlagen wurde. Die Umgehungsstrasse soll helfen, die katastrophale Verkehrslage für rund 2,5 Millionen Menschen in der Region zu verbessern. Vor allem jetzt, da 50'000 Besuchende aus aller Welt erwartet werden. 13 Kilometer Beton, mitten rein in das geschützte Habitat – obwohl schon seit Jahren geplant, heisst das Projekt nur noch COP30-Highway. Ein weiteres böses Omen für die Weltklimakonferenz, die doch helfen soll, den Regenwald zu retten. Und die ganze Welt am besten noch dazu.

Bürgermeister voll Hoffnung

Am Freitag, eine gute Woche vor Beginn der Konferenz, hat sich Bürgermeister Igor Normando noch einmal zu Wort gemeldet. Sein Video auf Youtube wirkt so anders als die vielen Abgesänge auf den Standort Belém. Normando (38) tritt da mit Freundschaftsbändchen und einem grünen Amazonas-T-Shirt auf.

Voller Hoffnung und Enthusiasmus würde «jeder willkommen geheissen, unsere Stadt zu besuchen, um über die Zukunft des Planeten zu sprechen». Gerade die Städte, die am meisten vom Klimawandel betroffen sind, müssten dabei einbezogen werden, erklärt er. Belém zum Beispiel, Durchschnittstemperatur 30 Grad im Schatten, könnte in ein paar Jahren zur zweitheissesten Stadt der Welt werden.

Die Ortswahl war von Anfang an ein kalkuliertes Wagnis



Das Zentrum des Hafenparks in Belém ist für die Konferenz umgebaut und renoviert worden. Foto: Eraldo Peres (AP)

des brasilianischen Präsidenten Lula da Silva. Eingepfercht zwischen Regenwald und Atlantik und weitab vom Rest des Landes gelegen, hatte Belém seine beste Zeit vor etwas mehr als 100 Jahren durch die Produktion und den Verkauf von Kautschuk. Koloniale Bauten in der Innenstadt zeugen noch heute davon. Ansonsten ist vom Reichtum nicht mehr viel zu sehen. Im Gegenteil.

Belém zählt zu den ärmsten Städten des Landes, in keiner

anderen Hauptstadt der 26 Bundesstaaten Brasiliens leben so viele Menschen in Armenvierteln. Über die Hälfte sollen es sein. Nur wenige Kilometer vom Hafen entfernt liegt «Vila das Barcas», die grösste Siedlung von Pfahlbauten in ganz Lateinamerika. Das sind grob zusammengezimmerter Behausungen ohne Kanalisation.

Bisher kaum Tourismus

Touristen haben sich bislang kaum in die Stadt in Brasiliens

Nordosten verirrt, weshalb die Unterbringung der Konferenzbesucher zum vordergründig grössten Problem dieser Weltklimakonferenz wurde. Wer kein Zimmer finde, müsse eben «unter den Sternen schlafen», merkte Lula da Silva kürzlich an. Wegen der Übernachtungspreise von umgerechnet bis zu 9500 Franken für die Dauer der COP30 berief die UNO im Juni eine Krisensitzung ein. Denn gerade die ärmeren Länder drohten die Kli-

makonferenz zu boykottieren, weil sie sich die Zimmerpreise nicht leisten konnten. Selbst Österreichs Bundespräsident Alexander Van der Bellen sagte seine Teilnahme im August ab.

Die Regierungen von Belém und des Bundesstaates Pará haben seitdem viel unternommen, um für mehr Angebot zu sorgen. Dazu gehört, dass zwei Kreuzfahrtschiffe mit insgesamt 6000 Betten gechartert wurden. Am 5. November sollen sie

in Belém festmachen. Ausserdem wurden zwei Wochen der Sommerferien auf den November gelegt. Die Hoffnung war, dass Familien mit Kindern dann wegfahren und ihre Zimmer vermieten würden. Das hat offenbar gewirkt, in den vergangenen Tagen sind die Preise für die Unterbringung wieder deutlich gesunken.

«Belém ist so weit»

Auch ansonsten scheint vieles von dem, was sich Belém von der Klimakonferenz verspricht, auf den letzten Metern aufzugehen. Bereits im Juni wurde der Parque da Cidade eröffnet, eine riesige Anlage mit Sportstätten. Der Park wurde zwar mit freundlicher Unterstützung von Vale gebaut, einem Bergbauunternehmen, das für so einige Umweltkatastrophen in der Amazonasregion verantwortlich ist. Aber das ändert offenbar nichts an dem Enthusiasmus, den Bürgermeister Normando bei vielen Bewohnern ausgemacht hat: Endlich schaut mal wieder jemand auf diese Stadt, die einmal die wichtigste der Region war. Normando feiert sie bereits als «Hauptstadt des Amazonas». Das erscheint etwas übertrieben, eher erinnert die Situation in Belém an die Lage in Athen kurz vor den Olympischen Spielen 2004: auch einst eine wichtige Stadt, die sich damals etwas übernommen hatte.

Die knifflige Aufgabe, Belém als geradezu idealen Austragungsort für die 30. Weltklimakonferenz anzupreisen, fiel vor allem dem Sonderbeauftragten André Godinho zu. Seit Monaten reist er durch die Welt, um etwas zu verkaufen, was nur schwer verkäuflich erschien. Auf einer seiner Präsentationen sagte er dabei den schönen Satz: «Belém ist so weit. Nicht etwa, weil die Stadt perfekt ist – sondern, weil sie echt, widerständig und willens ist.»

Das mag wohlfeil klingen, wie ein etwas frecher Marketingtrick, um aus der Not eine Tugend zu machen. Andererseits kann man sich schon die Frage stellen, weshalb ausgerechnet an dem Ort, an dem das grösste Problem der Menschheit verhandelt wird, alles glattlaufen sollte.

Von der Leyen bleibt hart beim Klimaziel 2040

EU vor UNO-Gipfel Länder wie Polen, Ungarn oder Italien wollen den Klimaschutz bremsen. Jetzt ist jedoch ein Kompromiss in Sicht.

Die EU galt bisher als Vorreiterin der Dekarbonisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Kein Kontinent hat die CO₂-Emissionen in den vergangenen drei Jahrzehnten so stark gesenkt wie Europa. Bei UNO-Verhandlungen zum Klimaschutz ging Brüssel deswegen meist mit guten Absichten und ambitionierten Zielen voran.

Mittlerweile sind die USA unter Donald Trump aus dem Pariser Abkommen ausgetreten. China, der weltgrösste Verschmutzer, investiert zwar viel in erneuerbare Energien, enttäuschte zuletzt aber mit schwachen Klimazielen für 2035. Am Weltklimagipfel, der Ende der Woche in Brasilien mit dem Treffen von Staats- und Regierungschefs beginnt, kommt es also mehr denn je auf Europa an.

Doch zehn Jahre nach der historischen Übereinkunft von Paris zweifelt die EU selbst an ihrem Weg. Die Transformation in ein postfossiles Zeitalter sei gut gemeint, aber zu teuer, lautet die vielstimmige Kritik. Sie überfordere Bürger und Industrie und schade der Wettbewerbsfähigkeit, weil der Rest der Welt den Klimaschutz nicht halb so ernst nehme wie Europa.

EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen hatte den «Green Deal» 2019 noch zum Leitmotiv ihrer ersten Amtszeit gemacht. Nach dem politischen Temperatursturz bei der Wahl 2024 hat das Projekt in ihrer zweiten Amtszeit das Adjektiv «grün» verloren und ist zum «Clean Industrial Deal» ge-

shrumpft. Im Vordergrund stehen jetzt andere Prioritäten: die Wettbewerbsfähigkeit, der Abbau von Bürokratie, die Verteidigung, die Kontrolle der Migration.

Um die anhaltende Zwangslage beim Klima- und Umweltschutz mit den ökonomischen und politischen Realitäten zu versöhnen, ist von der Leyen zu vielen Kompromissen bereit. Hart ist die deutsche Christdemokratin bisher aber beim 1Klimaziel für 2040 geblieben: Ein verlässlicher Horizont über eineinhalb Jahrzehnte hinweg sei für die langfristige Entwicklung der Wirtschaft von grösster Bedeutung.

Die EU will bis 2040 den CO₂-Ausstoss gegenüber 1990 um 90 Prozent reduzieren, zehn Jahre später soll sie netto klimaneu-

tral sein. Das Klimaziel für 2040 ist indes kein blosses Versprechen, sondern ein einklagbares Gesetz, das die EU zu dessen Erreichung verpflichtet.

Kommissionspräsidentin macht Zugeständnisse

Vom Ziel 2040 abgeleitet wird das Ziel für 2035. Setzt man einen linearen Reduktionspfad voraus, müsste es mindestens 72,5 Prozent betragen. Weil Staaten wie Tschechien, Polen, Ungarn, die Slowakei oder Italien diesen Wert aber als zu hoch erachten, war eine Einigung bis anhin nicht möglich.

Um das Ziel für 2040 beizubehalten, ist von der Leyen auf die Kritiker zugegangen. Ab 2036 werden zum Beispiel erstmals

wieder CO₂-Kompensationen im Ausland erlaubt sein, die an die Erreichung der eigenen Ziele angerechnet werden. Die Schweiz, zum Vergleich, erlaubt für das Klimaziel 2030, dass ein Drittel der Emissionen im Ausland eingespart wird; bei der EU sind maximal 3 Prozent vorgesehen, und erst ab 2036. Frankreich fordert 5 Prozent, Polen sogar 10 Prozent.

Polen hat auch erreicht, dass das neue Klimagesetz mit einer Revisionsklausel versehen wird. Alle zwei oder alle fünf Jahre, je nach Bereich, soll künftig überprüft werden, ob die EU auf Kurs ist oder Anpassungen an den Massnahmen oder Zielen nötig sind. Frankreich wiederum hat Zusicherungen erwirkt, dass jene Industrie, bei der die Dekarbo-

nisierung besonders schwierig oder teuer ist, stärker unterstützt und vor aussereuropäischer Konkurrenz geschützt werden kann. Zudem hat von der Leyen signalisiert, dass die ab 2027 geplante Ausweitung des CO₂-Emissionshandels auf Gas, Diesel und Benzin flexibler gehandhabt werden kann als geplant.

Heute nun sollen die Umweltminister der 27 EU-Staaten die Klimaziele für 2040 und 2035 formell beschliessen. Dasjenige für 2035 wollen von der Leyen und EU-Rats-Präsident Antonio Costa am Donnerstag als Trophäe nach Belém mitbringen – in letzter Sekunde also, nachdem man zuvor zwei Fristen verpasst hatte.

Dominique Eigenmann, Brüssel